

## Bischof zerstört die Glaubwürdigkeit der Kirche

### Missbrauchsskandal

**Zum Artikel „Trier Bischof hängt Job nicht an den Nagel“ (TV vom 20. September):**

Das Thema Missbrauch in der katholischen Kirche taucht mit trauriger Regelmäßigkeit im Volksfreund auf. Herr Ackermann ist jetzt schon seit elf Jahren Missbrauchsbeauftragter der katholischen Kirche, und das Thema ist noch immer nicht zur Zufriedenheit der Betroffenen und der Mitglieder der Kirche zu einem annehmbaren Ende geführt worden. Es erschließt sich mir nicht, warum es so schwierig sein sollte, diesen einmaligen, ekelhaften und für die Kirche zerstörerischen Skandal abschließend und vollständig aufzuarbeiten. Herr Ackermann hat es vermocht, in bester Manier der katholischen Kirche diesen Skandal endlos hinzuziehen.

Schaut man sich an, was das Bistum Trier bisher geschafft hat, kann einem die blanke Wut hochkommen. Seit 2010 haben sich 208 Opfer gemeldet. An Entschädigung wurden 795 500 Euro ausbezahlt. Das sind im Schnitt gerade mal 3824 Euro pro Fall. Das ist ein weiterer Skandal im Skandal. Zwischendurch war Herr Ackermann auch mal der Meinung, die Entschädigungen seien aus der Kirchensteuer zu zahlen. Das war wieder so eine skandalöse Äußerung von Herrn Ackermann, die belegt, dass er eigentlich überhaupt nicht geeignet ist, diesen Posten zu begleiten.

Es sind Leute wie Herr Ackermann, der Erzbischof von Köln, der Erzbischof von Hamburg und viele andere, die fleißig dabei sind, jedwede Glaubwürdigkeit der katholischen Kirche zu zerstören. Das ist um so mehr schade für all jene in der Kirche, die sich so sehr für die sozialen und seelsorgerischen Aufgaben einsetzen. Der Exodus aus der Kirche wird so lange weitergehen, bis die Kirche sich von all jenen trennt, die das Wort Gottes predigen, in Wirklichkeit aber nichts anderes als Pharisäer sind.

Hans-Werner Thesen,  
Kenn

### HINWEISE

Liebe Leserin, lieber Leser!

Haben Sie Anmerkungen zu Artikeln oder Kommentaren, die im TV erschienen sind? Haben Sie kritische Einwände dazu? Hat ein Thema, über das wir in der Zeitung oder im Netz berichtet haben, Sie besonders bewegt? Möchten Sie Ihre eigene Meinung dazu kundtun?

Schreiben Sie uns! Ihr Leserbrief sollte maximal 2400 Zeichen inklusive Leerzeichen lang sein. Wir behalten uns vor, sinnwährend zu kürzen.

Die Einsender sind damit einverstanden, dass ihr Name und der Wohnort in der Zeitung und im Internet auf volksfreund.de veröffentlicht und archiviert werden.

Geben Sie neben Ihrer vollständigen Adresse bitte zusätzlich eine Telefonnummer an (für eventuelle Rückfragen der Redaktion).

Und so erreichen Sie uns:

E-Mail: [leserbriefe@volksfreund.de](mailto:leserbriefe@volksfreund.de)

Brief: Trierischer Volksfreund,

Hanns-Martin-Schleyer-Str. 8,

54294 Trier

**Ein Hinweis in Sachen Wahlkampf:** Wegen des laufenden Wahlkampfs veröffentlichen wir derzeit keine Zuschriften, in denen Werbung für Parteien oder Kandidaten gemacht wird oder von der Wahl einer Partei oder eines Kandidaten abgeraten wird – egal ob schwarz, rot, gelb, grün oder wie auch immer gefärbt.

Leserbriefe zum Wahlkampf werden in dieser Zeit nur in Ausnahmefällen veröffentlicht. Unsere Regelung beruht auf jahrelanger Erfahrung.

Damit wollen wir Kampagnen vermeiden und Politiker und Parteien erst gar nicht in Versuchung führen, vermeintlich neutrale Autoren zu beauftragen, die dann „zur Feder greifen“.



### KARIKATUR

## Nichts gegen Alexa, aber ...

Pflegenotstand – ein Wort in aller Munde. Und das schon seit Jahren. Wird sich etwas daran ändern? Und wann? Während Politiker darüber diskutieren und diskutieren, flüchten viele Fachkräfte in andere Berufe oder ins Ausland. So hat der Anteil der Pflegehelfer zwischen 2012 und 2020 auf 48,8 Prozent aller Beschäftigten zugenommen (Quelle: Bundesagentur für Arbeit). Der Anteil der qualifizierten Fachkräfte ging im selben Zeitraum etwa gleich stark zurück. Und was tun die Pflegekammern? Vertreten aufgrund der Pflichtmitgliedschaft für Fachkräfte vor allem diese. Flüchten nun bald auch die Pflegehelferinnen und -helfer? Und wollen wir, dass unsere Senioren künftig von Sprachassistenten wie Alexa „betreut“ werden?

KARIKATUR: ROLAND GRUNDHEBER

## Es sind die Rahmenbedingungen, die die Pflegenden von ihren Arbeitsplätzen flüchten lassen

### Pflegenotstand

**Zum Artikel „Helfer-Anteil in der Altenpflege steigt“ (TV vom 16. September):**

Die eigentliche Problematik ist die Uneinigkeit der Pflegenden untereinander. Dazu gehören alle, die in der Pflege tätig sind – also alle stationär und ambulant Pflegenden, auch die Pflegehelfenden in der Kranken- sowie Altenpflege. Deshalb muss ich ausdrücklich eine Lanze für die in der Pflege tätigen Kranken- sowie die Altenpflegehelfer und -helferinnen brechen. Das sind die eigentlichen „Front-

schweine“. Die beiden Berufsgruppen haben ebenfalls eine curriculare Ausbildung, die mit einem anerkannten Examen endet. Diese konzentriert sich im Wesentlichen auf die Grundpflege. Ohne die Arbeit dieser beiden Berufsgruppen wäre die Existenz der Alten- und Pflegeheime kaum noch denkbar. Was jedoch die Einigkeit der Pflegenden angeht, so hat die Gründung der Pflegekammer nicht dazu beigetragen. Grundsätzlich war und bin ich für eine Pflegekammer. Bei der Verkammerung der Pflege in Rheinland-Pfalz hat

die Politik aber sowohl die Kranken- als auch die Altenpflegehilfe vergessen. Warum? Was ich aber noch bemängeln möchte, ist die Arbeitsweise der Pflegekammer. Wird in der Praxis für in der Pflege Tätige nicht sichtbar. Das Ergebnis: Von 37 373 wahlberechtigten Pflegepersonen haben sich 6662 an der Wahl beteiligt (Quelle: Pflegekammer Magazin RLP, Ausgabe 25). Was die Bemühungen der Pflegenden, für ihre Arbeit allgemeingültige akzeptable Arbeits- und Rahmenbedingungen einzufordern, ebenfalls erschwert, ist der Umstand, dass die Politik in

Deutschland den konfessionellen Trägern von Krankenhäusern und Altenheimen – obgleich dort nicht unerhebliche finanzielle Mittel, also Steuern und öffentliche Gelder hineinfließen – ein eigenes Arbeitsrecht zugesteht. Es gäbe sicher noch weitere Rahmenbedingungen zu nennen, wie das Arbeitszeitgesetz, hier Paragraph 5, das die Pflegenden in der Dauer der Nachtruhe schlechter stellt als andere Berufsgruppen, die im Schichtdienst tätig sind. Das würde jedoch die Intention und den Umfang dieses Leserbriefs sprengen. Letztendlich sind

es aber die zurzeit geltenden Rahmenbedingungen, die die Pflegenden von ihren Arbeitsplätzen flüchten lassen. Dass es auch anders geht, kann man im europäischen Ausland sehen. Dort gibt es bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege. Trotzdem ist das Gesundheitssystem in diesen Ländern nicht zusammengebrochen. Es hilft professionell Pflegenden nicht, sie in der Pandemie als systemrelevant zu bezeichnen und für sie zu klatschen.

Georg Krämer, Fachkrankenschwester für Psychiatrie, Praxisleiter, Bernkastel-Kues

## Wir brauchen keine Minijobs - Jede Stunde ist problemlos sozialversicherungspflichtig zu bezahlen

### Arbeitsmarkt

**Zu den Artikeln „Minijobs führen oft in die Altersarmut“ (TV vom 20. August) und „Mehr als 220 000 Menschen leben allein vom Minijob“ (TV vom 13. September):**

Wenn die Corona-Pandemie etwas Gutes gebracht hat, dann die Erkenntnis, dass wir keine Minijobs brauchen, dass wir endlich mit diesen Arbeitsverhältnissen aufhören, für die es wirklich keine vernünftige

Begründung gibt. Jede Beschäftigung kann sozialversicherungspflichtig stattfinden, es gibt keine Notwendigkeit für Minijobs. Sie wurden geschaffen, um Arbeitgebern ein paar Euro zu sparen, und die Ex-und-Hopp-Mentalität in der Gesellschaft wird durch sie begünstigt. Auch wird mit jedem Minijob die Schwarzarbeit gefördert, weil viele Minijobber über die gesetzlich angemeldeten Stundenzahlen

hinaus beim gleichen Arbeitgeber schwarzarbeiten. Bemerkenswert ist auch die Namensgebung dieser Arbeitsart, Mini ... das klingt so niedlich, so harmlos, so nicht nach wirklicher Arbeit. Auch damit können wir getrost aufhören. Arbeit ist Arbeit und nicht Mini ... Und jede Stunde ist problemlos sozialversicherungspflichtig zu bezahlen.

Angela Junk, Bitburg

## Keine ganze Sportart unter Generalverdacht stellen

### Motorenlärm

**Zum Leserbrief „Gute Musik statt Motorenlärm“ von Hans-Peter Limper (TV vom 18. September):**

Herr Limper, mit welchem Recht stellen Sie eine ganze Sportart unter Generalverdacht, nur weil die sogenannten Poser und Raser die Gegend unsicher machen? So gibt es zum Beispiel im Winter auf den Skipisten auch immer öfter Zeitgenossen, die die Hänge unsicher

machen. Soll man jetzt deswegen den professionellen Wintersport verbieten? Und nicht jeder mag die Rolling Stones. Ich wünsche Ihnen trotzdem viel Spaß beim Zuhören.

Roman Beck, Morscholz

**Produktion dieser Seite:**  
Ulrike Löhnertz

## Der Runde Tisch dreht sich im Kreis

### Gewalt im Stadion

**Zum TV-Artikel „Runder Tisch eine runde Sache“ (TV vom 18. September):**

Um die gewalttätigen Vorkommnisse vor und nach dem Fußballspiel zwischen TuS Koblenz und Eintracht Trier zu besprechen und nach Lösungen zu suchen, haben sich Vertreter der Vereine, des Verbandes und der Fans zu einem runden Tisch getroffen. Leider hat sich dieser Runde Tisch wieder mal im Kreis gedreht. Dass solche Taten nicht mehr stattfinden sollen, war allen Beteiligten schnell klar, aber konkret zu handeln, fällt den Verantwortlichen wohl schwer. Man muss die vielleicht fünf bis zehn gewalttätigen Protagonisten und Anführer aus dem Fan-Lager aus dem Verkehr ziehen. Die-

se Personen sind den Verantwortlichen schon lange bekannt. Man sollte diese „Dumppbacken und Vollposten“ immer und immer wieder mit Anzeigen überziehen, alle möglichen Schadensersatzforderungen bei ihnen geltend machen und gerichtlich durchsetzen, Stadionverbote auf Lebenszeit verhängen und sie von den normalen und friedlichen Fans so gut wie möglich isolieren. Es darf doch nicht sein, dass durch eine kleine Horde krimineller Hohlköpfe kein Mensch mehr Lust hat, ins oder ans Trierer Moselstation zu kommen, da er Angst haben muss, irgendwo in eine gewalttätige Konfrontation zu geraten.

Jörg Gerth,  
Trier

## Covid wird nicht über Nacht verschwinden

### Corona

**Zu den Artikeln „Maskenpflicht bis zum Frühjahr 2022?“ (TV vom 5. August) und „Neue Regeln und viel Kritik“ (TV vom 16. September) sowie zu diversen Leserbriefen zum Thema Corona-Regeln:**

Ich finde es in Ordnung, dass man es den Betreibern der entsprechenden Einrichtungen überlässt, ob sie Gästen nur unter den angezeigten Vorgaben Zutritt gewähren. Problematisch ist der Bereich der Kontrollen, da sich diese als nicht so einfach darstellen. Dies wird aber, so glaube ich, eine Frage der Zeit sein, wenn sich die betroffenen Personen eindeutig identifizieren lassen werden. Eine gesetzliche Regelung halte ich für bedenklich, da diese we-

sentliche Bereiche unseres Zusammenlebens betreffen würde. Ferner ist naturgemäß mit einer Vielzahl von Eingaben vor Gericht zu rechnen. Auch die größten Kritiker, Zweifler oder Querdenker müssten es mittlerweile doch einsehen, dass Covid mit nichts zu vergleichen ist, was wir in der Vergangenheit kennengelernt haben. Hätten unsere Väter und Mütter sich ebenso verhalten wie dieser Personenkreis, dann wären viele andere Krankheiten heute nicht verschwunden oder zumindest beherrschbar geworden. Auch daran sollte gedacht werden. Im Übrigen ist das Recht auf körperliche Unversehrtheit kein alleiniges Merkmal für Impfunwillige oder Verweigerer, sondern es gilt auch für den Personenkreis,

der sich geschützt hat, das heißt der sich hat impfen lassen. Desweiteren sind die zusätzlichen Maßnahmen (Maske, Desinfizierung und mehr) auch in der Zukunft unabdingbar, denn Covid wird nicht über Nacht verschwinden. Für denjenigen Personenkreis, der aus gesundheitlichen Gründen nicht geimpft werden darf oder kann, sind entsprechende Regelungen zu treffen. Ferner sollte mit aller Kraft die Möglichkeit geschaffen werden, damit alle, auch Kinder, den Impfschutz bekommen. Hier ist noch einiges zu tun. Und Steuermittel wären in diesen Bereich wenigstens sinnvoll einzusetzen.

Josef Käser,  
Daun